



Ausschuss für Kultur und Medien

7. Sitzung (öffentlich)

19. Januar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:33 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen!	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/1687	

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP sowie bei Enthaltung der AfD-Fraktion
beschließt der Ausschuss, sich an der Anhörung im federfüh-
renden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.

- 2** **Einschränkungen der Pressefreiheit bei der Räumung von Lützerath**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) **7**
- Mündlicher Bericht durch StS Dr. Mark Speich (MBEIM)
 - Wortbeiträge
- 3** **Unterstützung Kulturschaffender in der Energiekrise: Vorstellung der neuen Online-Plattform „kultur-klima“** *(s. Anlage 2)* **11**
- Präsentation und Gespräch mit Gästen
- Bericht durch Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger (Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
- 4** **Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise** **24**
- Mündlicher Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)
 - Wortbeiträge
- 5** **Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden** **26**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/971
- Ausschussprotokoll 18/99
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 6** **Besucherrückgang im Kulturbereich** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])* **29**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/730
- Mündlicher Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)
 - Wortbeitrag

7 Karneval als immaterielles Kulturerbe der Bundesrepublik Deutschland **31**
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/745

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **33**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, dass Minister Liminski für die heutige Sitzung entschuldigt sei.

1 **No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1687

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/1687 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – und an den Ausschuss für Kultur und Medien)

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, der federführende Ausschuss habe die Durchführung einer Anhörung beschlossen. Deren Termin sei Freitag, 17. März 2023, 10:00 Uhr. Heute solle festgelegt werden, wie sich der Ausschuss für Kultur und Medien in die Anhörung einbringe.

Ina Blumenthal (SPD) begründet, ihrer Fraktion sei es außerordentlich wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Thema der sexualisierten Gewalt und Sexismus im Internet eine Bedrohung für die Demokratie darstellen könne. An dieser Stelle betone sie, dass die komplette politische Arbeit nur dann einen Widerhall finden könne, wenn sich Menschen meinungsfrei auch in sozialen Netzwerken äußern könnten, wenn sie es angstfrei tun könnten. Vor dem Hintergrund schlage sie eine pflichtige Beteiligung an der Anhörung vor.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie bei Enthaltung der AfD-Fraktion beschließt der Ausschuss, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.

2 **Einschränkungen der Pressefreiheit bei der Räumung von Lützerath** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) führt aus:

Ich freue mich, dass ich erstmals in diesem Ausschuss Herrn Minister Liminski vertreten darf, und führe gerne zu dem Berichtswunsch aus. Das tue ich vor allem auf Grundlage einer Zulieferung des in der Sache zuständigen Innenministeriums.

Ich stelle vorweg, dass für die Landesregierung ohne Wenn und Aber gilt, dass die Pressefreiheit eine konstitutive Errungenschaft und auch ein konstitutiver Bestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. Das gilt in Zeiten systematischer Desinformation und grassierender Verschwörungserzählungen umso mehr. Deswegen ist es auch so wichtig, bei öffentlichen Ereignissen, die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, die vielleicht auch emotional aufgeladen sind, wie etwa die Räumung von Lützerath, Journalistinnen und Journalisten Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, die es ihnen ermöglichen, ungehindert ihrer Arbeit nachzugehen, damit sie die Öffentlichkeit umfassend und ausgewogen informieren können. Deswegen sind unbegründete Einschränkungen der Pressefreiheit, Angriffe – das ist völlig klar – auf Medienvertreterinnen und Medienvertreter absolut nicht hinzunehmen. Wenn es solche Fälle geben sollte, werden sie aufgearbeitet.

Einsatzphilosophie im Zusammenhang mit der Räumung der Ortslage in Lützerath war eine größtmögliche Transparenz für die Öffentlichkeit, gerade durch den Zugang von Medienvertreterinnen und -vertretern in die Ortslage von Lützerath. Deswegen gab es dort eine Akkreditierungsstelle. Mit Stand heute wurden dort 889 Akkreditierungen ausgegeben und insgesamt 3.400 Medienanfragen beantwortet. Das zeigt, wie groß das Interesse war und wie intensiv diese Möglichkeit genutzt worden ist. Die Polizei hatte sogar Shuttlebusse eingesetzt, um die Journalistinnen und Journalisten vor die Ortslage von Lützerath zu transportieren. Wer sich frei bewegen wollte, konnte das auch in Begleitung tun. Auch das war möglich. Man hat für die Journalistinnen und Journalisten Aufbewahrungsbehältnisse eingerichtet, man hat ihnen Möglichkeiten gegeben, sich wind- und wettergeschützt direkt vor Ort aufzuhalten. Daran sieht man, wie sehr man bemüht war, erträgliche und gute Arbeitsbedingungen herzustellen.

In der Phase vor der Räumung war es auch möglich, sich gefahrlos im Bereich der Ortslage aufzuhalten. Deswegen haben die Pressevertreterinnen und Pressevertreter bis zu diesem Zeitpunkt freien Zugang erhalten. Mit Beginn der Räumung, also als die Ortslage umzäunt wurde, gab es Situationen, die für die anwesenden Menschen gefährlich waren. Gleichwohl war der Zugang für Pressevertreterinnen und Pressevertreter möglich, aber für bestimmte Bereiche musste der Zugang zum Zwecke der Gefahrenabwehr, um Menschen vor Gefahren zu schützen, eingeschränkt werden. Das war insbesondere dann der Fall, wenn Arbeiten vorgenommen wurden. Beispielsweise ist eine Pressevertreterin bei Baumfällarbeiten nicht aus dem gekennzeichneten Gefahrengebiet gegangen und dann von der Polizei am Arm genommen und herausbegleitet worden, aber eben zum Schutz vor diesen Baumfällarbeiten.

Am 14. Januar wurde im nördlichen Bereich der Abbruchkante eine Journalistin von Kräften angesprochen, den Gefahrenbereich zu verlassen. Das ist lebensgefährlich. Das wissen, glaube ich, alle, die sich mit der Ortslage vertraut gemacht haben. Die Person hat dann geäußert, dass sie in ihrer Pressefreiheit beschränkt ist. Der Beamte hat ihr die Personalien ausgehändigt. Dann hat aber die Pressevertreterin ohne weitere Worte den Bereich verlassen. Es ist also keine Begleitung oder Ähnliches erfolgt und erst recht kein Zwang angewandt worden.

Ferner gab es eine Situation, wo Pressevertreterinnen und Pressevertreter in Sicherheit gebracht werden mussten, weil, nicht unmittelbar die Pressevertreter, aus den Gebäuden Steine geworfen worden sind und Pyrotechnik abgefeuert worden ist und damit sozusagen akute Lebensgefahr bestand.

Das heißt, nur im Einzelfall, bei begründeter Gefahr für Leib und Leben müssen – das gilt nach wie vor – zukünftig Pressevertreterinnen und Pressevertreter von anderer Stelle berichten, also nur wenn es wirklich nicht anders möglich ist.

Insofern ist eine Einschränkung der Pressefreiheit im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht erkennbar. Ganz im Gegenteil, die Polizei hat sogar viel ermöglicht, um den Pressevertreterinnen und Pressevertretern eine ungehinderte Berichterstattung zu ermöglichen.

Sie haben sogar – das nur als kleines Detail am Rande – Schutzwesten und Schutzhelme bekommen, wenn sie selber keine mitgeführt haben. Man musste den Helm zum einen aus persönlichen Schutzgründen und zum anderen deswegen tragen, um die Pressevertreter erkennen zu können. Auch das ist sozusagen als Unterstützungsleistung, wenn man so will, als besonderer Service zur Verfügung gestellt worden.

Eine Aufforderung zur Löschung von Bildmaterial – das ist einer der Vorwürfe, der im Raum steht – ist dem Innenministerium nicht bekannt. Hier gilt aber, wenn es einen begründeten Verdacht gibt, wird diesem nachgegangen. Das hat der Innenminister sehr deutlich gemacht.

Sie haben in dem Berichtswunsch auch davon geschrieben, dass es eine Zutrittsbehinderung bei der Landstraße 12 gab. Wir sind dem nachgegangen. Nach Angaben der der Polizeiführung kann das nicht bestätigt werden.

Zu den angesprochenen tätlichen Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten möchte ich auf zwei Fälle eingehen, die dem Innenministerium tatsächlich vorliegen. Einmal gibt es den Vorwurf eines sexuellen Übergriffs eines Polizisten gegenüber einer Journalistin. Hier ist eine Strafanzeige gestellt worden, und hier sind Ermittlungen eingeleitet worden. Außerdem hat die Polizei ein Strafverfahren aufgrund eines Videos eingeleitet, auf dem niederländische Pressevertreter durch Aktivisten angegriffen werden. Das ist sozusagen der andere Fall. Selbstverständlich werden wir bei Bekanntwerden weiterer Sachverhalte den Dingen auf den Grund gehen.

Ralf Witzel (FDP) bittet um eine genauere Spezifizierung der 889 akkreditierten Journalistinnen und Journalisten, beispielsweise nach Inland und Ausland. Der Staatssekretär

habe ja gerade die Verletzung von niederländischen Journalisten durch Besetzer angesprochen.

Des Weiteren interessiere ihn das Kriterium für die Akkreditierung. Es sei ja bei solchen Großprotestlagen nicht ungewöhnlich, dass auch, um Kontaktpersonen in die Szene der Journalisten zu bekommen, den Besetzern selber nahestehende Personen, die aus welchen Gründen auch immer, zum Beispiel als Blogger, über einen Presseausweis verfügten, als Journalisten angemeldet würden, um in dieser Zielgruppe mit verankert zu sein. Diesbezüglich habe ihn die Einschätzung erreicht, dass es wahrscheinlich einen Teil von Personen gebe, die offiziell als journalistisch arbeitend angemeldet worden, in Wahrheit aber der Sphäre der Besetzer zuzurechnen seien. Insofern bitte er um Auskunft darüber, ob es Kontrollen gegeben habe.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) schickt vorweg, die erste Frage werde das Innenministerium beantworten.

Bezüglich der zweiten Frage gebe er eine medienpolitische Einschätzung. Inzwischen gebe es eine Situation, in der Berichterstattung auf unterschiedlichen Wegen erfolge. Wenn man eine möglichst transparente, möglichst breite, möglichst ausgewogene Berichterstattung ermöglichen wolle, spreche viel dafür, eher großzügige Kriterien bei der Zulassung von Berichterstattung anzulegen. Dies sei eine grundsätzliche Einschätzung.

POR'in Jasmin Follak (IM) sagt, zu der Nachfrage einer Aufschlüsselung in nationaler und internationaler Vertretung kann sie leider zu diesem Zeitpunkt keine Angaben machen. Diese könnten aber gerne nachgereicht werden.

Ina Blumenthal (SPD) bedankt sich bei Herrn Dr. Speich für seine Ausführungen und möchte wissen, wie viele Polizistinnen und Polizisten für den Bereich der Medien abgeordnet worden seien.

Auch hierzu, so **POR'in Jasmin Follak (IM)**, lägen ihr derzeit keine Informationen vor. Das Polizeipräsidium Aachen als verantwortliche einsatzführende Behörde habe die Kräfteplanung in eigener Zuständigkeit gemacht. Bislang habe man keine Aufschlüsselung, wie viele Polizeikräfte im Einsatzabschnitt eingesetzt gewesen seien. Auch dies könne sie gerne nachliefern.

Ina Blumenthal (SPD) fragt, welches Polizeipräsidium die weiteren Nachforschungen mit Blick auf Strafverfahren übernommen habe. – Das PP Mönchengladbach, antwortet **POR'in Jasmin Follak (IM)**.

Ralf Witzel (FDP) hält eine von ihm gestellte Frage für noch nicht ganz beantwortet, und zwar die, zu der der Staatssekretär eine medienpolitische Einschätzung abgegeben habe. Diesbezüglich sei man gar nicht auseinander. Auch er als freier Demokrat würde immer dafür werben, dass da, wo es ein nachvollziehbares Interesse an

Berichterstattung gebe, man bezüglich der Akkreditierung in der Tendenz eher großzügig sei. Umgekehrt gehe es aber auch darum, sich davor zu schützen, dass sich nicht Personenkreise zu bestimmten Einsatzlagen Zutritt verschafften, die eigentlich mit journalistischer Arbeit nichts zu tun hätten. Deshalb habe er bewusst nach Kriterien für eine Akkreditierung gefragt. Dies wolle er an einem Beispiel deutlich machen. Wenn er als Journalist eine Messe besuchen wolle, werde verlangt, dass er von einem offiziellen Presseverband eine Akkreditierung vorlege. Nun stelle sich die Frage, ob man auch dann, wenn man zum Beispiel einen Blog mit dem Titel „Hambi muss bleiben“ oder „Kapitalismus vernichten“ betreibe, auch ohne jede Organisation in Vereinen, Verbänden, ohne jeden Nachweis von Reichweite, unabhängig davon, wann man den Blog geschaltet habe, eine Akkreditierung bekommen könne.

POR'in Jasmin Follak (IM) führt aus, sie könne die Frage zumindest in Teilen beantworten. Das Präsidium Aachen habe ihr berichtet, dass es sich die Presseausweise habe vorlegen lassen. Sie könne nicht sagen, ob es immer so gewesen sei, aber es seien auf jeden Fall Presseausweise kontrolliert worden.

Wenn Details von Interesse seien, müsse sie speziell nachfragen.

Ralf Witzel (FDP) bittet darum, da ohnehin ein Nachbericht zu den unterschiedlichen Aspekten erfolge, dann auch zu erläutern, was die formalen Zugangsvoraussetzungen sein, um sich als Journalist akkreditieren zu lassen.

Vorsitzende Christina Osei merkt an, der Ausschuss erwarte freundlich einen Nachbericht.

3 Unterstützung Kulturschaffender in der Energiekrise: Vorstellung der neuen Online-Plattform „kultur-klima“ (s. Anlage 2)

Präsentation und Gespräch mit Gästen

Vorsitzende Christina Osei: Die Plattform „kultur-klima“ wird von den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe und Rheinland betreut und vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen gefördert.

Ich freue mich, zu der heutigen Vorstellung Gäste begrüßen zu können, zum einen vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Kulturdezernentin Frau Dr. Rüschoff-Parzinger und ihren Mitarbeiter Herrn Schmalenstroer und vom Landschaftsverband Rheinland die Kulturdezernentin Frau Dr. Franz und ihren Mitarbeiter Herrn Weller.

Zunächst bitte ich Sie, sich selbst und dann die Plattform vorzustellen. Ich glaube, Frau Rüschoff-Parzinger, Sie beginnen.

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger (Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Ja, ich beginne. Sie haben mich ja schon vorgestellt. Mein Name ist Rüschoff-Parzinger, Kulturdezernentin des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

Wir haben beim Landschaftsverband oder in beiden Landschaftsverbänden – ich stelle das jetzt vor, aber eigentlich mache ich das gemeinsam mit meiner Kollegin aus dem Rheinland, Frau Dr. Franz – zahlreiche Museen und Einrichtungen und sind dafür da, die Museen in der Region zu beraten. Das machen wir über unsere Museumsberatungsstellen und über unser Museumsamt. In Nordrhein-Westfalen gibt es mehr als 1.000 Museen. Diese müssen betreut werden. Da kommen sehr viele Fragen auf uns zu. Dann gab es ein Telefonat mit Herrn Reitemeyer. Wir haben gemeinsam auch mit dem Landschaftsverband Rheinland überlegt, ob es wirklich in dieser Krise Sinn macht, nur in einem Landesteil zu informieren, oder ob es nicht viel besser ist, die Informationen für ganz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen. Das fanden wir eine gute Idee. Dann haben wir überlegt, wie das geschehen könnte.

(Anlage 2 – Seite 2)

Kann es vielleicht im Rahmen einer einfachen Beratung sein? Aber stellen Sie sich vor, da sitzt eine Person oder sitzen zwei Personen am Telefon, die sich in allen Bereichen auskennen müssen. Das ist relativ schwierig. Es fängt an mit dem Theater geht über Orchester, Museen, Archivämter und vieles mehr. Das heißt, es sind viele spezielle Fragen, Spezialfragen, die eine Person oder zwei Personen gar nicht beantworten können. Wenn das ganze Fördergeschäft noch hinzukommt – wo bekommt man Fördergelder? –, dann ist das einfach zu viel. Wir hatten auch die Sorge, wenn man anruft, dann ist ständig besetzt. Das verärgert ja auch die Leute, die sich hilfesuchend an jemanden wenden möchten.

Es gab dann im September 2022 ein erstes Treffen der beiden Landschaftsverbände zusammen mit dem Land NRW, also in dem Fall mit Herrn Reitemeyer und Mitarbeitenden. Es wurde relativ schnell klar, dass wir eine Plattform brauchen, wo man viele Informationen abrufen kann, wo man beispielsweise erfahren kann, wie man Energie

sparen kann, welche Herausforderungen es im Kulturbereich gibt, aber auch: Kann man eigentlich die Klimaanlage ein bisschen runterdrehen? Geht das überhaupt? Schadet das nicht den Exponaten? Schafft man an den Exponaten Schäden, die unwiederbringlich sind, etwas, was man nicht mehr restaurieren kann? Da herrscht im Land, gerade auch bei kleineren Einrichtungen, Archive, Museen, ganz große Unsicherheit. Dann haben wir gesagt, wenn die Klimawerte verändert werden müssen, das machen wir auf der Basis von Erkenntnissen des Deutschen Museumsbundes. Auch da haben wir intensiv mitgearbeitet. Die Exponate bekommen einen anderen Korridor, sodass Kulturschaffende wissen, wir können mit gutem Gewissen für eine bestimmte Zeit Klima verändern. Aber diese ganzen Informationen wollten wir gebündelt zusammenstellen. Da ist die Entscheidung getroffen worden, das auf einer Plattform zu machen, 360-Grad-Plattform, eine Plattform, die wirklich viel kann.

(Anlage 2 – Seite 3)

Die Plattform informiert über verschiedene Themenangebote und Fragen rund um die Energiekrise und bietet Fachinformationen, von denen ich gerade schon gesprochen habe: Welche Klimakorridore kann man nehmen? Wie ist es mit der Luftfeuchtigkeit? Wie ist es mit der Temperatur? Darüber hinaus informiert sie, dass Kühlen deutlich mehr Energie verbraucht als Heizen. 1 Grad kühlen braucht viermal so viel Energie wie 1 Grad heizen. Das sind natürlich alles wichtige Informationen, über die nicht alle Kulturschaffende verfügen. Wir vonseiten der Landschaftsverbände haben Zuständigkeiten im Bereich Archive, Museen, aber wir wollten halt auch viele andere Sparten hinzunehmen, zum Beispiel Theater, Orchester usw. Die haben wir alle gemeinsam an den Tisch geholt, um gemeinsam zu überlegen, wie wir so eine Plattform aufbauen können.

(Anlage 2 – Seite 4)

Aber das ist ja nicht einfach getan. Wenn man so eine Plattform aufbauen will, dann braucht man natürlich auch Finanzmittel, und es müssen Personen da sein, die die Theorie in die Praxis umsetzen, die das Ganze in eine Datenbank eingeben. Die Datenbank, diese Plattform, muss erst mal erstellt werden. Das muss alles funktionieren. Ich kann sagen, dass es wirklich in einer irren Geschwindigkeit passiert, denn uns war wichtig, dass wir die Informationen genau zu der Zeit zur Verfügung stellen, wenn sie gebraucht werden. Es macht ja keinen Sinn, lange Plattformen zu entwickeln und zu planen und dann ist die Energiekrise mehr oder weniger schon vorbei und dann ist alles fertig. So wurden innerhalb von drei Monaten die Finanzstrukturen geklärt. Da waren wir sehr schnell und haben alle bürokratischen Hürden, die es gab, schnellstens übersprungen. Es wurden zwei Stellen geschaffen. Die beiden Herren, die eingestellt worden sind, sitzen mit am Tisch, Herr Schmalenstroer und Herr Weller. Es wurde auch Kontakt zu den unterschiedlichsten Kulturbereichen aufgenommen, die wir als Landschaftsverbände nicht unbedingt abdecken. Auch da gab es einen engen Austausch. Wichtig ist, dass die Angebote, die wir schaffen, passgenau sind. Das war uns sehr wichtig.

(Anlage 2 – Seite 5)

Hier sehen Sie eine Startseite dieser Online-Plattform. Wir haben nicht den Anspruch gehabt, das Ganze geht online und ist dann komplett fertig und man kann nichts mehr verbessern, sondern das ist eine sich entwickelnde Plattform. Für Anregungen sind wir immer dankbar, und die bauen wir auch immer ein. Wir wollen uns halt ständig verbessern. Es ist wirklich, finde ich, ein sehr gutes Projekt, das die beiden Landschaftsverbände und das MKW gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

(Anlage 2 – Seite 6)

Auf einer Seite gibt es Tipps zum Energiesparen in den unterschiedlichen Bereichen, die ich schon genannt habe, also Museen, Archive, Bibliotheken, darstellende Künste, soziokulturelle Zentren, Denkmalpflege, Musik, und natürlich das Thema „kulturelle Bildung“ ist für uns auch wichtig. Wir haben alle diese verschiedenen Sparten, die hier aufgeführt sind, im Vorfeld befragt. Es gab verschiedene Zoom-Sitzungen. Alles hat fast ausschließlich über Zoom stattgefunden. Wir haben die Anregungen der unterschiedlichen Player mit einfließen lassen.

(Anlage 2 – Seite 7)

Die Plattform ist nicht nur singulär, sondern sie ist wiederum vernetzt mit ganz vielen anderen Kulturakteuren. Wir haben schon sehr viele Nachfragen. Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetags beispielsweise bewirbt diese Plattform. Diese Plattform kann nur funktionieren, wenn viele diese Plattform kennen.

(Anlage 2 – Seite 8)

Man kann sich auf dieser Plattform nicht nur informieren, sondern wichtig ist, dass man sich auch trifft. Ein erstes Auftakttreffen ist am 26. Januar, ein sogenannter runder Tisch. Da sollen sich Kulturschaffende zusammensetzen, zu vorhandenen Problemen austauschen können. Aktuell – Stand gestern – haben wir schon über 60 Anmeldungen. Das heißt, kurze Zeit, nachdem es online geschaltet wurde, gibt es schon ein sehr großes Interesse.

(Anlage 2 – Seite 9)

Ausblick auf das Jahr 2023: Wichtig ist uns, dass wir verschiedene Veranstaltungsreihen haben, wo wir in den unterschiedlichen Sparten informieren, zum Beispiel für Archivwesen oder Bibliotheken, was man da machen kann. Es wird weiterhin tagesaktuell Informationen geben. Sie wissen, Förderpolitik und Ähnliches verändern sich fast wöchentlich. Es wird ein Newsletter geben. Wichtig ist uns, dass man sich nicht nur informieren kann, sondern hier bekommt man auch eine Hilfestellung, wenn es um die Fördermittel geht. Der Bund wird hoffentlich in der kommenden Woche Fördermittel für den Kulturbereich freigegeben, die Komplementärmittel vom Land sind ja auch schon bereitgestellt, sodass wir dann schnellstmöglich Hilfestellung geben können, damit gerade die Kultureinrichtungen, die ja wirklich nicht über große Finanzmittel verfügen, nicht vor der Situation stehen, dass sie ihre Häuser schließen müssen oder dass die Exponate Schaden leiden. Wir haben auch Hilfestellungsmöglichkeiten, dass wir in Extremfällen Exponate, die besondere Klimaanforderungen brauchen, in Zentralmagazine übernehmen können, um diese Exponate zu schützen. Es gibt auch Best-Practice-Beispiele. Durch die Zusammenstellung empfindlicher Exponate in einem Raum

war es möglich, in Einrichtungen eine Klimaanlage abzuschalten und dadurch erhebliche Kosten einzusparen. Über diese Möglichkeiten wird auf der Seite auch diskutiert.

Das Thema „Nachhaltigkeit“ ist uns natürlich auch sehr wichtig.

Jetzt müssen wir erst mal, nachdem die Plattform an den Start gegangen ist, die Fördermöglichkeiten darstellen. Da sitzen wir mit Hochdruck dran.

(Anlage 2 – Seite 10)

Ich möchte noch mal sagen, dass ich von der sehr zügigen, schnellen und guten Zusammenarbeit zwischen dem Land NRW, also dem MKW, und den beiden Landschaftsverbänden angetan war. Eigentlich war es vorher schier unmöglich, das in so kurzer Zeit inklusive Personal und Finanzmittel auf den Weg zu bringen, aber wir haben nun mal die Energiekrise – die anderen Krisen haben wir natürlich auch –. Die Energiekrise muss bewältigt werden. Das ist für die Kultureinrichtungen wirklich eine große Herausforderung.

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank für die Vorstellung. Bevor ich die Diskussionsrunde eröffne, weise ich darauf hin, dass die Präsentation im Nachgang der Sitzung verschickt wird. – Ich eröffne nun die Diskussionsrunde.

Frank Jablonski (GRÜNE): Frau Dr. Rüschoff-Parzinger, Frau Dr. Franz, vielen herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind, dass Sie uns dieses, wie ich finde, sehr gelungene Beispiel von sehr guter Zusammenarbeit zwischen den Landschaftsverbänden und der Landesregierung präsentiert haben. An der Stelle möchte ich für meine Fraktion Ihnen als Vertreter der Landschaftsverbände ganz allgemein für Ihre Arbeit, die Sie für die Menschen in Nordrhein-Westfalen machen, danken.

Ich habe zwei konkrete Fragen zum Nutzerinnenverhalten. Haben Sie eine Übersicht, wer sich meldet, und was sind die ersten Fragen von Nutzerinnen?

Heike Wermer (CDU): Dem Dank meines Kollegen an Frau Dr. Rüschoff-Parzinger und Frau Dr. Franz und vor allen Dingen auch an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hintergrund schließe ich mich an. Ich finde es wirklich hervorragend, in welcher kurzen Zeit das alles geschafft worden ist und dass Sie bewusst sagen, dass die Seite immer wieder angepasst werden kann. Wir warten ja alle händeringend auf die Mittel des Bundes. Das haben Sie ja angesprochen. Vor allen Dingen möchte ich mich für das Lob bedanken, das Sie gegenüber der Landesregierung aussprechen. Es freut uns natürlich als Abgeordnete, zu hören, dass die Zusammenarbeit der Landschaftsverbände mit dem Ministerium gut funktioniert.

Ich finde es ganz klasse, dass Sie gesagt haben, im Moment geht es erst mal darum, die Fördermöglichkeiten darzustellen, und dass Sie sich grundsätzlich auch dem Thema der Nachhaltigkeit widmen wollen. Vielleicht können Sie noch mal ausführen, wie die Seite auch in Zukunft weitergeführt werden kann, welche Möglichkeiten Sie da sehen.

Im Anschluss an die Frage meines Kollegen Jablonski interessiert mich, ob Sie schon sagen können, wie die Klickraten sind.

Ich freue mich grundsätzlich, dass wir heute die Möglichkeit haben, der Website und dem Förderangebot mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, denn, ich glaube, darum geht es ja auch, dass man das jetzt noch mal bekannter macht, dass man wirklich klar darstellen kann, die Landschaftsverbände und das Land Nordrhein-Westfalen kümmern sich um die Kultureinrichtungen und um die Kulturszene in der Energiekrise.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Frau Rüschoff-Parzinger, Frau Franz, zum einen vielen Dank für die Präsentation, vielen Dank aber auch für die Arbeit, die in kürzester Zeit dafür aufgewandt wurde und geleistet wurde.

Ich habe zwei Fragen, die sich auf einen ganz speziellen Punkt beziehen, nämlich Notfallpläne. Sie haben unter der Rubrik Notfallpläne Musterpläne drin, unter anderem auch aus dem Bundesland Bayern, und Sie haben einen Pocketguide „Notfallverbund Stuttgart“ von der Uni Stuttgart dabei. Ich fand das sehr interessant. Auf der einen Seite Stuttgart, sehr informativ, in kurzen Worten wird beschrieben, wie man da umgehen sollte, und die Notfallpläne Bayern, da waren Daten aus 2004 und 2010 und eine Aufstellung für Kühl- und Gefrierhäuser aus 2006 dabei. Die Frage, ob das 2022 noch aktuell ist, lasse ich mal dahingestellt, aber man hat jedenfalls was drin. Meine Frage: Hatten wir für NRW keine eigenen Notfallpläne, dass wir auf die bayerischen zurückgreifen mussten? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Wenn im Rahmen der Weiterentwicklung an der Seite permanent gearbeitet wird, dieser Notfallverbund Stuttgart von der Uni Stuttgart war sehr informativ. Arbeiten wir in NRW in diesem Bereich mit Hochschulen zusammen?

Andreas Bialas (SPD): Ich darf mich natürlich dem Dank anschließen, sich dort auf den Weg zu machen. Ich habe nur eine Frage. Man kann immer viel kritisieren. Sie haben am Anfang gesagt, das wird noch weiterentwickelt. Sie haben hauptsächlich die Fachexpertise aus den Häusern, die Sie selbst betreiben und betreuen. Da ist natürlich die Frage, inwieweit die entsprechende Expertise aus den anderen Sparten mit eingebunden worden ist und wie detailliert die Hilfen sind.

Ich habe mal auf die Seite geschaut. Dort sind eine ganze Menge Podcasts. Die muss man sich eine halbe Stunde oder so anhören. Gibt es auch andere Darstellungsformate? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist, inwieweit Sie in auch potenzielle Individualberatung hineingehen. Wenn wir die Häuser betrachten – das muss man sich jetzt mal bildlich vorstellen –: Das ist ein relativ großes Haus. Wenn ich gerade in eine Richtung gehe, die Frage zu beantworten, die wesentlich ist, wie man den Energieverbrauch senken kann, wie man Betriebskosten einsparen kann, dann muss das natürlich sehr spezifisch auf die jeweilige Ortschaft bezogen werden. Inwieweit sind Sie in den Tipps und sonstigen Beratungen, die Sie geben, mit Beratungsstellen, Energieberatung, Verbraucherschutz, etc. gekoppelt, oder werden die mit in die Empfehlungen einbezogen, die Sie geben?

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger (Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Vielen Dank für die Fragen. Ich mache den Anfang und würde gerne von meinen Kolleginnen und Kollegen ergänzt werden.

Was interessiert die Nutzer? In erster Linie kommt natürlich häufig: Wie können wir Energie sparen, wie kann das optimiert werden? Aber natürlich auch: Wie sieht es mit den Fördermitteln aus? Das ist wirklich das häufigste, was gefragt wird, man braucht Unterstützung, man braucht Fördermittel. Das sind häufige Fragen.

Was die Klicks angeht, hat mir gerade mein Kollege, Herr Schmalenstroer, mitgeteilt: 60 bis 70 am Tag aktuell, über 1.500, seitdem wir die Plattform online geschaltet haben. Ich finde 60 bis 70 am Tag ganz gut.

Dann gehe ich auf Ihre Fragen ein, Herr Bialas. Sie haben vollkommen recht, was die unterschiedlichen Fragen angeht. Uns war es wichtig – deswegen ist es ja auch so toll mit der Zusammenarbeit mit dem Land NRW –, dass wir alle Kultursparten auf dieser Plattform zusammenfassen. Die haben wir alle eingeladen, und wir haben auch entsprechende Ansprechpersonen der anderen Sparten, die die Landschaftsverbände nicht abdecken. Für die Landschaftsverbände haben wir es so gemacht, dass jeweils Ansprechpersonen für Spezialfragen zur Verfügung stehen. Die müssen erreichbar sein. Das ist sichergestellt. Die stellen also ihre Arbeitsleistung zur Verfügung und helfen bei diesen speziellen Fragen.

Ich mache es an einem ganz konkreten Beispiel deutlich: Wir haben bei uns beim Museumsamt extra einen Mitarbeiter, der Spezialist für Klimafragen ist. Wir haben entsprechende Messgeräte, können dann in die einzelnen Museen – das gilt auch für Archive und anderes, auch für Theater – und schauen, wo genau die Stellen sind, wo ganz viel Energie aus den Gebäuden herausfließt, wo die sozusagen nicht energiedicht sind. Das sind oft Schornsteine, wie ich lernen musste, und Türschwellen. Da geht oft wahnsinnig viel Energie verloren. Oder es gibt einige Wände, die man besser bearbeiten könnte, wo sehr viel Energie verloren geht.

Wir müssen uns ja auch alle die Frage stellen, wenn wir jetzt plötzlich so viel Energie einsparen, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Sind wir nicht sorgsam mit der Ressource Energie umgegangen? Ich kann sagen: eigentlich nein. Wir lernen jetzt gezielt: Wie können wir uns, was Energiesparen angeht, noch mal verbessern? Und wie können wir die Korridore für Exponate öffnen? Das heißt, die Restauratoren sagen: Luftfeuchtigkeit X und Temperaturschwankung Y. Das darf nicht stark schwanken. Wenn das außerhalb dieser Bereiche geht und je enger dieser Korridor ist, desto höher ist die Belastung. – Das heißt, man kann nicht pauschal sagen, für alle Exponate gilt das, sondern wir müssen lernen, exponatspezifisch zu schauen und dann durchaus in Ausstellungsräumen zu schauen, wie wir mit der Präsentation umgehen können oder wie wir in Zentralmagazinen die Exponate so bündeln können, dass die hochsensiblen nur in einem Bereich und zum Beispiel Möbel, die nicht ganz so enge Klimakorridore brauchen, in anderen Bereichen sind. Da informieren wir auch sehr viel über sogenannte Zentralmagazine. Aktuell sind wir für Westfalen-Lippe – der Landschaftsverband Rheinland denkt in eine ähnliche Richtung – dabei, für unsere Museen, also für die Museen, die wir betreuen, also nicht nur für die eigenen Museen, sondern auch für die, bei denen wir die Betreuung haben, diese Zentralmagazine zu schaffen und

dauerhaft – das ist dann wieder das Thema „Nachhaltigkeit“– Energie einzusparen, das Ganze effektiver zu machen.

Also, die von Ihnen angefragte Spezialberatung bieten wir über die entsprechenden Fachorganisationen. Da sind eben Bühnenverein etc. angefragt und haben gesagt, sie leisten das auch für die entsprechenden Sparten. Das heißt, diese Plattform ist erst mal da, um sich zu informieren. Wer in die Tiefe gehen will und spezielle Fragen hat, der kann jemanden anrufen, einen Termin vereinbaren und sich mit den entsprechenden Fachpersonen zusammensetzen. Aber darüber hinaus, wenn man nur einen allgemeinen Informationsbedarf hat, richten wir halt sogenannte Sprechstunden ein für diese unterschiedlichen Sparten. In diesen Sprechstunden werden im kollegialen Austausch Fragen geklärt und besprochen.

Das Besondere ist – Sie fragten nach Energiefachberatern –, Kultur ist speziell. Ein Energiefachberater wird Ihnen nicht unbedingt sagen können, welche Klimabedingungen bestimmte Kunstwerke brauchen. Dafür brauchen Sie wirklich die Fachämter, die Fachpersonen, das Fachpersonal, das wir bei den Landschaftsverbänden vorhalten oder das dann auch im Bühnenverein oder Ähnliches vorhanden ist. Da kann man sich dann gezielt Informationen besorgen.

Das macht auch das Besondere aus, dass wir nicht nur die Plattform, sondern die Beratungsleistung in der Tiefe mit anbieten. Wir haben unsere Kultureinrichtungen alle so informiert, und die sind bereit, mitzumachen, dass sie Zeitkontingente dafür zur Verfügung stellen, um hier Hilfeleistung bereitzustellen.

Wie geht es mit der Plattform weiter? Wir hoffen, dass wir dann nachhaltig sind und dass wir auch zukünftig nicht wieder auf hohe Energieverbräuche kommen, sondern dass wir die dauerhaft reduzieren können, dass wir unsere Museen optimieren können und unsere Kultureinrichtungen damit nicht so viel Energie verbrauchen. Insgesamt treibt uns natürlich das Thema „Nachhaltigkeit“ auch in der Kultur sehr um. Da müssen wir noch viel tun, was Sonderausstellungen etc. angeht. Da stehen wir erst noch am Anfang und werden das natürlich weiter ausbauen.

Jetzt noch mal zu dem Thema „Notfallverbände etc.“. Wir sind dabei – durchaus holen wir Kenntnisse aus anderen Bundesländern –, diese Notfallverbände für unsere Kultureinrichtungen auf den Weg zu bringen. Wir sind da sozusagen in der Mitte angekommen. Wir wollen bis Ende dieses Jahres die Pläne, die wesentlichen Eckpunkte vorliegen haben und das dann auch umsetzen. Natürlich gibt es viele Notfallpläne für viele einzelne Museen, für die Archive etc., aber wir wollen es ein bisschen größer und breiter aufstellen. Das gilt halt für beide Landschaftsverbände, aber das ist sehr komplex, das ist nicht mal einfach eben so gemacht, sondern es sind große Herausforderungen, die da noch auf uns warten.

Dr. Corinna Franz (Landschaftsverband Rheinland): Ich möchte etwas ergänzen: Ich beginne mit den Notfallplänen. Die Plattform bündelt mit Bedacht die Expertise, und die zeigt, es ist ganz viel da an anderer Stelle, auch als Anregung, die eigenen Notfallpläne, Notfallverbände zu verbessern. Bei den Notfallverbänden sind wir jetzt im Rheinland im Archivbereich viel weiter als im Museumsbereich. Das ist ein klassi-

sches Archivthema. Durch diese Krise rückt es auch stärker für die Museen in den Mittelpunkt. Ähnlich wie in der Coronakrise hat uns jetzt auch diese Energiekrise Potenziale geöffnet und sensibilisiert, mit der Ressource Energie im Kulturbereich anders umzugehen. In dem ersten Schritt ist zu gucken, was da ist. Das hilft schon, weil man nicht immer das Rad neu erfinden kann, sich anlehnen kann. Gerade wenn wir uns daran erinnern, im vergangenen Sommer stand auf einmal das Ziel „20 % Einsparungen“ im Raum, die Rechnungen stiegen zugleich, und die Kultureinrichtungen haben sich gefragt, wie sie das schaffen sollen. 429 Museen im Rheinland haben sich das gefragt. Die großen Player können das selbst machen, weil sie Personal haben, die können recherchieren, aber denken Sie an die kleinen Kultureinrichtungen, an die ehrenamtlichen Häuser, an die in privater Trägerschaft. Auch die beraten und betreuen wir mit. Auch für die ist diese Plattform da, alleine die Leistung des Bündelns, des Recherchierens, des Aufbereitens, des Auswählens, welche Verbünde wir einstellen, warum die und nicht die anderen. Noch mal: Die Klassifikation von Informationen, die Hierarchisierung, Priorisierung, das ist sozusagen auch ein Bestandteil der Dienstleistung und etwas, was sich weiterentwickelt.

Es klang bei der Frage an, wie wir die Öffentlichkeit herstellen. Wir haben den Anspruch, dass das eine zentrale Kompetenzstelle für alle wird, die in der Kultur – das ist der spezifische Fokus – unterwegs sind, die Informationen suchen und bei dieser Plattform schnell fündig werden. „360 Grad“ meint eben, komplett alles, vom einfachen Energietipp bis zum Kontakt zur Vertiefung, bis zu den Fördermitteln. Da danke ich auch meinerseits ganz herzlich dem Ministerium für die Initiative und die Unterstützung. Ich nehme auch von Ihnen mit, dass Sie hoffentlich diese Plattform weiter bewerben werden und Sie die weitere Arbeit unterstützen.

Ein Blick nach vorne auch meinerseits: Wir haben den Namen „kultur-klima“ extra so gewählt, was Ihnen schon anzeigt, in welchem Kontext wir das Energiethema sehen, nämlich nach vorne gewandt. Alles das, was wir hier betreiben, ist natürlich Teil der größeren Diskussion um Nachhaltigkeit und Klima.

Wir wollen diese Krise als Motor, als Chance sehen. Not macht bekanntlich erfindereich. Ich glaube auch, dass wir in der Kultur in den nächsten Jahren viel Entwicklung haben werden. Das Thema ist für uns heiß und wird es auch bleiben. Möglicherweise gelingt es uns, dass diese Plattform wächst und für das Kulturklima im Land NRW die Referenz für die nächsten Jahre bleibt.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Frau Rüschoff-Parzinger, Frau Franz, vielen Dank für die Erklärung. Ich hole ganz kurz aus: Ich komme aus Stolberg. Das ist eine kleine Stadt neben Aachen, die beim Hochwasser geflutet wurde. Da hatten wir die Archive der Stadt, die alle in Kellern lagen und in den Wochen nach der Flut da rausgeholt und gefriergetrocknet wurden, nach Köln transportiert. Sie kennen die Geschichte. Danach hatten wir die Energiekrise. Die Kultureinrichtungen, Museen, Archive, werden vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Deswegen meine Frage eben. Ich finde es sehr gut, was Sie gemacht haben. Meine Frage ist: Wir müssen ja Schutzziele definieren, wie wir unsere Kulturgüter schützen. Das ist die erste Aufgabe, die wir machen, damit wir die weiteren Arbeiten im Anschluss definieren können, wie der Schutz für

unsere Kulturgüter aussehen soll. Deswegen bin ich auf die Notfallpläne gekommen und habe gesehen, ja, es gibt Supersachen, man muss es nicht doppelt machen. Ich habe eben auf die Uni Stuttgart und auf die bayerischen Notfallpläne verwiesen, die meinetwegen eins zu eins übernommen werden können. Das ist gar kein Problem. Wer bearbeitet denn jetzt hier in Nordrhein-Westfalen diese Schutzziele? Machen Sie das gemeinsam, macht jeder das für sich alleine? Das ist eine Frage, die mich für den Fall des Katastrophenschutzes sowohl beim Hochwasser, aber auch bei Bränden und Energiekrisen interessiert.

Andreas Bialas (SPD): Ich möchte einen Punkt konkretisieren, weil das wahrscheinlich die Zusammenarbeit zwischen den Landschaftsverbänden und dem Ministerium darstellt. Ich sage es etwas despektierlich: Man kann beraten, den Stöpsel aus dem Kühlschrank zu ziehen oder den Sessel in einen anderen Raum zu stellen, der ein paar Grad mehr verträgt, und dann kann man den gekühlten Raum für andere Exponate verwenden, oder man sagt, wir machen mal drei Tage zu, dann sparen wir auch. Ganz viel hat natürlich ein Stück weit mit Einwirkung auf Technik und baulicher Art zu tun. Das wird ab und zu mal kostenlos sein, aber ist in der Regel ein Stück weit mit Kosten verbunden. Sie sagten ja, wenn Sie Beratungen machen, dann können Sie einerseits beraten nach dem Motto: „Macht die Wand dicht oder den Kamin zu“, und dann sagt der: „Danke für den Rat“, aber das kostet was. Dann ist natürlich die Verbindung entsprechend, und dann ist auch die Beratung, wenn ich das richtig verstanden habe, auch bei Anträgen dann zu stellen potenziell auch baulicher Art. Dann muss das natürlich irgendwo auch ein Haushaltstitel sein, der gegenfinanziert ist. Ich nehme nicht an, dass Sie von den Landschaftsverbänden sagen: Ja, nach dieser guten Beratung gebe ich auch das Geld für die baulichen Veränderungen. – Das ist das eine.

Das Zweite: Frau Dr. Franz, das, was Sie gerade gesagt haben, finde ich sehr gut. Das wäre auch noch mal verbunden mit einer Bitte, dass wir es nicht nur als aktuelle Krisenbewältigung sehen, sondern die gesamte Frage Nachhaltigkeit, Effizienz, Einsparung ist ja ein langfristiges Ziel. Insoweit ist natürlich auch die Frage: Welche Erfahrungen machen Sie? Welche strategische Ausrichtung können Sie haben? Wir beschäftigen uns ja gleich noch ein Stück weit damit: Wie ist langfristig hier eine Fachverortung, die auch als Ansprechbarkeit dann längerfristig da ist? Um es kurz zu sagen: Haben Sie ein neues Aufgabenfeld damit gefunden, etabliert und auch langfristig angedacht?

Sie betreiben ja viele Häuser. Wir haben es häufig mit Häusern, auch mit großen Häusern zu tun, die wir in den letzten Jahren gebaut haben und die im Grunde genommen viel Energie ziehen. Inwieweit reflektieren wir, wie langfristig der Betrieb bzw. der Neubau, der Umbau von Kultureinrichtungen von vornherein auf eine gewisse energieeffizient ausgerichtet sein kann?

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger (Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Ich fange von hinten an. Für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist es so, dass alle Bauvorhaben durch den Klima- und Umweltausschuss gehen. Das heißt, Nachhaltigkeit und Energieverbräuche sind für uns ganz wichtig. Ich bin sehr stolz darauf – das ist

eines meiner Lieblingsprojekte –: Wir machen ein großes Ausstellungs- und Eingangsgelände im Freilichtmuseum Detmold. Das ist immerhin ein Finanzvolumen von knapp 60 Millionen Euro. Dieses Gebäude ist komplett nachhaltig. Alle tragenden Wände – Frau Ministerin war ja auch schon da – sind aus Lehm. Wir verwenden in großen Bereichen leimfreies Holz und setzen Ökobeton ein. Uns war es ganz wichtig: Bei allen Bauvorhaben, die wir jetzt anfangen, oder wenn wir Museumsbauten verändern, spielt genau diese Fragestellung – Thema „Nachhaltigkeit und Energieverbräuche“ –, weil die sich langfristig auf die Kostenentwicklung auswirken, eine ganz zentrale Rolle. In der Vergangenheit hat man darauf nicht so sehr geachtet, aber wir lernen ja alle. Die Welt hat sich wieder verändert. Das hat die höchste Priorität. Wir finden, als mehr oder weniger öffentliche Hand haben wir die Verantwortung, Vorbild zu sein. Ich finde es sehr spannend, dass wir von Spanien, Norwegen, Schweden Anfragen zu unserem Ausstellungsgebäude in Detmold bekommen. In diesem Jahr werden wir die Lehmwände beginnen. Viele Studierendengruppen haben sich bereits angemeldet, um sich das anzuschauen. Ich glaube, wir schaffen jetzt auch – das können wir auch in Teilen mit der Plattform schaffen – ein Modellcharakter für viele andere, die sich daran ein Beispiel nehmen. Das finde ich sehr gut und sehr wichtig.

Mit dem neuen Aufgabenfeld „Nachhaltigkeit“ machen wir es auch. Wir beraten natürlich auch kleinere Häuser im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit. Das ist nicht nur so, weil es ein tolles Thema ist, sondern alleine schon Selbstzweck. Sie wissen, die Folgekosten für Kultur sind sehr hoch. Das ist ja nicht nur das, was man nachher an Sonderausstellungen oder Ähnliches macht, sondern es ist alleine die Unterhaltung der Gebäude. Die sind durch Eintrittsentgelte überhaupt nicht ansatzweise einzuspielen. Das heißt, da müssen wir schauen, wie wir neutraler und in einigen Bereichen klimaneutral werden können.

Wenn wir beraten, dann schlagen wir natürlich immer vor, wie man das Ganze finanzieren kann. Deswegen bin ich sehr dankbar. Wir fördern natürlich auch vom Landschaftsverband, aber wir sind bei Förderungen immer in Absprache mit dem Land NRW oder auch auf Bundesebene und schreiben Empfehlungen, dass bestimmte Dinge auch baulicher Art – wir haben sehr viel über Inklusion gesprochen, aber gerade auch Klimaoptimierung – im Fokus stehen und dass diese Dinge gefördert werden. Eine kleine Stadt ist mit einem kleinen Museum, das komplett saniert werden soll, einfach überfordert, diese Aufgaben anzugehen.

Was die Notfallverbände angeht, so ist es nicht etwas Abgeschlossenes, sondern Notfallverbände sind da, müssen sich ständig treffen. Ich habe parallel die Mail aufgerufen. Unser nächstes Treffen der Notfallverbände ist am 27. März. Wir holen uns Expertise, wir arbeiten mit Universitäten zusammen, optimieren diese Pläne und stellen die dann natürlich auch nachher online. So ein Prozess ist aber niemals abgeschlossen, sondern Kulturschaffende haben verstanden und müssen lernen, dass das auch zu den Aufgaben der Leitung von Häusern gehört, diese Notfallverbände vorzuschreiben und nicht nur zu sagen: „Dann nehme ich mal jemanden, der gerade bei uns ein Praktikum macht, den schicke ich mal zu so einem Treffen“, sondern auch die Notfallverbände sind wirklich Chefsache. Dafür muss man auch Zeit freischaufeln, um diese Aufgaben anzugehen, aber ich denke, da sind wir wirklich auf einem sehr guten Weg.

Generell gilt, wenn wir mehr Beratung machen, Archivgut sollte grundsätzlich nie – das habe ich ganz früh gelernt, aber nicht erst dann, als das Hochwasser kam – in den Keller. Auch wenn man ein tolles Gebäude hat, das nah am Wasser gebaut ist, dann ist es auch nicht optimal, nur weil es gerade leer steht, dort ein Archiv unterzubringen. Also, man muss genau schauen, wo man Zentraldepots oder Ähnliches errichtet, wo es Sinn macht und wo wirklich vor Hochwasser und anderen Schäden ein natürlicher Schutz gegeben ist.

Wir fördern auch keine Archibauten oder den Ausbau von Archivräumen, die im Keller liegen. Das machen wir grundsätzlich nicht. Das lehnen wir immer ab. Diese Anträge erreichen uns häufiger, aber das lehnen wir ab. Das muss man halt einfach lernen.

Dr. Corinna Franz (Landschaftsverband Rheinland): Bei den Landschaftsverbänden gehen ja immer Beratung und Förderung Hand in Hand, also keine Förderung ohne Beratung. Das ist wirklich etwas Eingespieltes, was sich aber auch in der Praxis sehr bewährt hat, was auch dazu führt, dass die Förderung zielführend und nachhaltig eingesetzt wird.

Herr Bialas, zu der Frage, ob wir ein neues Aufgabengebiet haben: Ja. Wir sind da mittendrin. Das gilt natürlich nicht nur für die Kultur, sondern – die Kollegin hat es gesagt – das gilt natürlich für die ganze Verbände. Auch der LVR hat seine ökologischen Standards im Bauen. Im Archäologischen Park Xanten haben wir vor einigen Jahren ein Depot ohne Klimaanlage gebaut, das auch mit Lehm arbeitet. Wir sehen jetzt, wie sich das in der Praxis macht. Wir sind mit unseren eigenen Häusern Versuchsobjekte, aber wir sehen natürlich auch, für ganz sensible Sachen wie Textilien, Überreste aus der Römerzeit kommt man ohne Strom doch nicht aus. Ja, wir probieren es an den eigenen Häusern aus, wir schöpfen daraus unsere Beratung, auch aus der Denkmalpflege, aus den Restaurierungen. Wir haben die Expertise für alle Materialien in unseren Häusern und können damit zu dieser Frage Kulturgutschutz spezifische Beiträge leisten. Gleichzeitig gilt auch da: Nein, wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern auch die Kollegen sind untereinander vernetzt, und es haben sich schon viele kluge Ideen entwickelt. Insofern ist es auch gar nicht unser Anspruch, alles neu und anders zu machen, sondern klug zu vernetzen. Auch das ist eine Kernkompetenz der Landschaftsverbände, neben der Beratung, neben der Dienstleistung auch für Vernetzung von Wissen zu sorgen und damit auch neues Wissen zu generieren.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Vielen Dank für die Erläuterungen. Ich habe trotzdem noch eine Nachfrage: Wer definiert in Nordrhein-Westfalen die Schutzziele im Bereich Kulturschutz?

RB'e Michael Reitemeyer (MKW): Der Kulturausschuss der KMK hat Ende September/Anfang Oktober Empfehlungen herausgegeben in Zusammenarbeit mit der BKM und den kommunalen Spitzenverbänden. In diesen Empfehlungen wird klar definiert, was zu dem schützenswerten Kulturgut gehört, das bei einer Gasnotlage zwingend unter Schutz gestellt werden muss. In Verbindung damit werden Kriterien entwickelt, welche Häuser das sind, die entsprechend klimatisiert werden müssen, damit dieses

schützenswerte Kulturgut nicht geschädigt wird im Falle einer Gasnotlage. Diese Kriterien übernehmen die Länder und richten sich danach aus in ihrem Handeln.

Andreas Bialas (SPD): Ich finde es sehr interessant, mit Ihnen zu sprechen, aber ich habe noch eine Frage ans Ministerium. Ich finde es großartig, dass sich im Grunde ein Fachzentrum, eine Fachstelle, eine Fachverortung in der Hinsicht herausbildet und weiterentwickelt, die sich nicht nur mit der aktuellen Krisenbewältigung, sondern sich mit der gesamten Thematik auseinandersetzt und nicht zuletzt auch mit den potenziellen Bauten. Jetzt ist es ja so, dass wir nicht nur in den Landschaftsverbänden Bauten haben, sondern auch im Land, wo das Land federführend ist, oder auch in den Städten. Finden da Austausch statt? Inwieweit kann man da in vernünftige Gespräche mit dem einen oder anderen gehen, bzw. plant das Land das auch ein? Ich nenne beispielsweise das Fotoinstitut, DOMiD, Pina Bausch Zentrum, Stalag und Oper Köln, alles Bauten, die im Grunde genommen anstehen. Inwieweit werden da entsprechende Kriterien der Nachhaltigkeit mit angewendet?

Ministerin Ina Brandes (MKW): Vielen Dank für die Frage, Herr Bialas. Um bei den konkreten Beispielen zu bleiben, die Sie gerade aufgeworfen haben: Über das Pina Bausch Zentrum haben wir gerade heute Morgen gesprochen, dass wir jetzt in die zweite Runde des Architekturwettbewerbs gehen und da noch mal zuspitzen wollen, welche Erwartungen wir auch an die klimatischen Bedingungen des Hauses haben. Das ist stellvertretend für viele Maßnahmen. Ich fürchte, für die Oper Köln ist es ein bisschen spät, wenn ich das so sagen darf, angesichts der zwölf Jahre, die wir damit schon verbringen.

Da, wo jetzt neue Maßnahmen geplant werden, neue Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, ist das immer ein zentrales Kriterium. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass das im Vordergrund stehen muss, weil wir uns ja auch als Kulturlandschaft insgesamt vorgenommen haben, deutlich nachhaltiger zu sein. Die Situation, die wir jetzt haben, ist natürlich, dass viele Kultureinrichtungen sehr darunter leiden, dass sie so hohe Energiekosten haben, weil eben in der Vergangenheit – damit meine ich Jahrzehnte – sehr wenig gemacht worden ist in Bezug auf die Substanz und sehr wenig investiert worden ist in die energetische Sanierung von Gebäuden. Ich sehe es wie Sie, dass wir zukünftig für die Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz der Kultur sehr viel stärker werden darauf achten müssen, dass die klimatischen, energetischen Rahmenbedingungen in unseren Kultureinrichtungen gut sind. Das gilt für Neubau, das gilt auch für Altbau.

Sie wissen, wir haben das Programm ÖKoKult, aus dem wir Maßnahmen zur energetischen Sanierung in Kultureinrichtungen bezahlen. Mein klares Vorhaben ist, das auszubauen. Mein klares Vorhaben ist, wie Sie wissen, auch, mich dafür einzusetzen, dass wir im nächsten Jahr einen deutlichen Aufwuchs des Kulturhaushalts haben werden. Für mich muss ein Schwerpunkt in diesem Zusammenhang sein, stärker als bisher in die energetische Sanierung von Kulturgebäuden zu investieren, weil ich da einen sehr großen Bedarf sehe für die Bedeutung der Einrichtungen in der Gesellschaft, für die Kostensituation und selbstverständlich auch für das Klima.

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank, Frau Brandes. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann bedanke ich mich ganz herzlich, nicht nur dafür, dass Sie da waren, sondern auch für die wunderbare Präsentation, für Ihre sehr gute Zusammenarbeit auch mit dem Ministerium und für die sehr schnelle Umsetzung der Plattform, für die wir sicherlich alle werben werden.

4 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise

Vorsitzende Christina Osei bittet die Ministerin um den regelmäßigen Sachstandsbericht.

Ministerin Ina Brandes (MKW) trägt vor:

Das ist der nahtlose Übergang. Eine erfolgreiche Maßnahme haben Sie gerade dargestellt bekommen.

Der wesentliche Punkt, über den wir im Moment reden, ist der Kulturfonds Energie des Bundes, auf den wir alle warten. Wir haben noch keinen Durchbruch. Ich komme allerdings gerade aus einem Gespräch zu diesem Thema. Man ist tatsächlich auf der Zielgeraden einer Einigung, wobei ich sagen kann, dass es ohnehin zwischen BKM und den Länderkulturministern die ganze Zeit schon große Einigkeit gegeben hat, dass sich das Bundesfinanzministerium aber inzwischen in die Diskussion eingeschaltet hat.

Daraus ist jetzt eine gewisse Dynamik entstanden. Ich will, ohne Interna der Diskussion zu berichten, einmal sagen, dass wir uns als Land Nordrhein-Westfalen weiterhin dafür einsetzen, dass die Energiemehrkosten der Kultureinrichtungen rückwirkend ab dem 1. Oktober gefördert werden, das Referenzjahr, wenn es um das Thema „Einsparungen“ geht, 2019 ist, also das letzte volle Jahr vor der Pandemie, und dass wir einen Unterschied bei der Bundesförderung machen, dass die öffentlichen Einrichtungen 50 % Förderungen vom Bund bekommen und die freien Kultureinrichtungen 80 %. Das ist weiterhin unsere Position. Ich möchte Sie alle bitten, diese Position zu unterstützen, weil sie tatsächlich für die kulturelle Landschaft in Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist.

Wie Sie auch wissen, stehen wir als Land mithilfe des Landtagsbeschlusses für die Komplementärfinanzierung bereit. Es ist ja Ende 2022 mit der ersten Tranche aus dem Sondervermögen schon beschlossen worden, dass wir 90 Millionen für die Komplementärfinanzierung der Bundeshilfen haben plus noch mal 2,7 Millionen für die Musikschulen. Das heißt, wir sind sozusagen bereit und können in dem Moment, wo eine Einigung in der Bundesregierung erreicht worden ist, die entsprechende Komplementärfinanzierung in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Ich hoffe sehr, dass das jetzt bald der Fall ist, weil die Einrichtungen natürlich dringend darauf warten.

Ich will in dem Zusammenhang der Diskussion, die wir gerade geführt haben, auch noch einmal sagen: Natürlich ist eine solche Beratungsstruktur zur Bewältigung der Energiekrise, also Einsparungen, Fördermittel usw., wichtig, ich sehe es aber genauso, wie es eben auch schon gesagt worden ist, dass es eine langfristige Aufgabe ist, die natürlich mit der Herausforderung des Klimawandels und dessen Bewältigung zusammenhängt. Ich sehe das deswegen als eine dauerhafte Aufgabe. Sie wissen aus meiner kleinen Regierungserklärung und auch aus den Haushaltsberatungen, dass mir ohnehin vorschwebt, eine dauerhafte Beratungsstruktur für verschiedene Themen, die für die Kulturlandschaft wichtig sind, einzurichten. Das sind

auch noch einige andere, die wir hier auch häufig besprechen, aber das ist natürlich auch das Thema „Klimaneutralität“. Deswegen setze ich sehr darauf, dass diese Struktur dauerhaft Bestand hat und den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens zur Seite steht.

Andreas Bialas (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er wisse, wie schwierig es sei, Spezifika einzubinden. Nichtsdestotrotz interessiere ihn, ob mit Blick auf die 20 % Einsparungen berücksichtigt werde, wer sich bereits auf den Weg gemacht habe. Es gebe ja Einrichtungen, die das Thema schon seit Jahren ernst nehmen würden und bereits Energie eingespart hätten, die energetisch saniert hätten, also sozusagen in Vorleistung getreten seien. Diese müssten jetzt mit den 20 % Einsparungen ganz anders umgehen als eine Energieschleuder.

Die Ministerin habe die Komplementärfinanzierung Nordrhein-Westfalens in Höhe von 90 Millionen Euro angesprochen. Ihn interessiere, was dort unterstützt werde, ob dies der Bund vorgebe, es gemeinsam besprochen werde, wofür die Mittel eingesetzt werden könnten.

Ministerin Ina Brandes (MKW) antwortet, das erste vom Abgeordneten Bialas angesprochene Thema sei natürlich von Anfang an sehr intensiv und kontrovers diskutiert worden, weil natürlich diejenigen, die bereits in Vorleistung getreten seien, zu Recht sagten, sie hätten sich sehr dafür eingesetzt, Energie einzusparen, und jetzt werde man schlechter behandelt als diejenigen, die sich noch nicht auf den Weg gemacht hätten. Derzeit sei in der Debatte, wie Alternativen dazu konstruiert werden könnten.

Aktuell seien die Mittel, die man aus dem Sondervermögen bewilligt bekommen habe, dazu da, die Bundesmittel zu ergänzen, und zwar in den gesetzten Rahmenbedingungen.

Nordrhein-Westfalen sei in der Arbeitsgruppe, die diese Rahmenbedingungen erarbeite, und habe sich in dem Sinne eingebracht, wie sie es eben beschrieben habe und wie es für die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens gut und richtig sei. Dies bedeute aber noch lange nicht, dass die Vorstellungen Nordrhein-Westfalens die Abstimmungen zwischen BKM und dem Finanzministerium überlebten. Da sehe sie im Moment die größte Herausforderung. Das, was vor allen Dingen Herr Reitemeyer mitverhandelt habe, sei, wie sie finde, sehr umfassend, was die möglichen Empfänger der Unterstützungen angehe. Da habe sich viel getan. Aber jetzt müsse abgewartet werden, was nächste Woche in den Haushaltsausschuss des Bundes komme und wie das dort besprochen werde.

Die Mittel, die man jetzt habe, seien die Komplementärfinanzierung für das, was die Bundesrahmenbedingungen vorgäben.

5 Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/971

Ausschussprotokoll 18/99

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/971 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – und an den Haushalts- und Finanzausschuss)

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, der Ausschuss für Kultur und Medien habe am 1. Dezember 2022 Sachverständige zu dem Antrag gehört. Das Protokoll der Anhörung liege als Ausschussprotokoll 18/99 vor.

Der zur Mitberatung aufgerufene Haushalts- und Finanzausschuss habe in seiner heutigen Sitzung eine Aussprache geführt und bereits votiert. Er empfehle die Ablehnung des Antrags.

Andreas Bialas (SPD) legt dar, es handele sich um einen guten Antrag, aber die Anhörung sei noch besser gewesen. Sicherlich unterscheide man sich nicht, alle wollten helfen. Insoweit sei man dankbar für die Bundesmittel und für die Komplementärmittel des Landes.

Es gehe um die aktuelle Krisensituation, darum, die Energiemehrkosten aufzufangen. Daneben gebe es eine nicht zu unterschätzende Inflation. Ferner gehe es um eine langfristige Strategie. Von daher bedanke er sich für die Vorstellung dessen, was genau in diese Richtung gehe. Dies sei ja von der Haltung wesentlich mit beeinflusst.

Die Ausführungen in der Anhörung seien sehr umfangreich und gut gewesen, nämlich ein Oeuvre an Vorschlägen, aber auch ein Aufzeigen von Problembereichen.

Herr Grabowski habe kürzlich in den kulturpolitischen Mitteilungen einen interessanten Beitrag geschrieben. Dieser beziehe sich darauf, inwieweit die Krise aufzeige, ob man sich nicht konzentrieren müsse, ob man sich nicht auch die Frage nach Relevanzen stellen müsse.

Von den in der Anhörung unterbreiteten Vorschlägen wolle er einige aufgreifen. Die Bewältigung der Krise sei der Auslöser, aber der langfristige Wandel sei anzugehen. Der habe auch etwas mit Umbau und Strukturänderungen zu tun. Es sei darauf hingewiesen worden, dass es gut wäre, mit Wissenschaft und Forschung diesen Transformationsprozess zu begleiten. Dies finde er spannend, weil das Ministerium für Kultur und Wissenschaft Beides in der Hand habe und es auch im Wissenschaftsbereich im Hinblick auf Transformation potenziell Mittel für die Kultur gebe. Dies müsse miteinander verzahnt werden.

Die Beratung und Hilfe werde an vielen Stellen dahinkommen, dass man sage, man müsse potenziell umbauen oder anders bauen, wodurch deutlich mehr Mittel aufgebracht werden müssten, als derzeit in dem entsprechenden Haushaltstitel veranschlagt seien.

Die Kommunalfinanzen seien das A und O für die Kulturförderung. Vor dem Hintergrund steigender Kosten und Zinsänderungen sei das einer der drückendste Punkte, der angegangen werden müsse, um die kommunale Kulturlandschaft zu erhalten.

Er habe sich sehr gefreut, dass die großen Häuser, also Schauspielhaus, Kunstsammlung, an der Anhörung teilgenommen hätten. Wenn man es nicht schaffe, diese zu erhalten, dann schaffe man nur ganz wenig. Diese hätten eine große Schutzpatrone, aber es stelle sich die Frage, was mit der freien Szene, mit Künstlerinnen und Künstlern seien.

Besonders wichtig sei, Kinder und Jugendliche sowie kulturelle Bildung in den Blick zu nehmen, gerade in einer Krise.

Sebastian Haug (CDU) sagt, den Hintergrund des Antrags halte man durchaus für richtig, und die Analyse der Ausgangslage sei sicher zutreffend. Die steigenden Energiepreise hätten die Kultureinrichtungen hart getroffen, ebenso wie die Coronapandemie zuvor.

Die Anhörung sei sehr sinnvoll und gewinnbringend gewesen und habe zu einem großen Erkenntnisgewinn geführt. Für die Politik sei es immer ein Gewinn und immer wichtig, eine direkte Rückkopplung mit den Initiativen und den Einrichtungen vor Ort zu haben, zu wissen, wo die ganz konkreten Problemlagen bei diesen Institutionen seien, wo die Politik, wo die Landesregierung helfen und unterstützen könne und müsse.

Wie nicht anders zu erwarten, seien sich die Experten in der Problembeschreibung einig gewesen, nämlich Ukraine-Krieg, vorher die Coronapandemie, dadurch Zuschauer- und Besucherrückgang, dadurch Mindereinnahmen, und jetzt sei ganz verstärkt die Notwendigkeit zu baulichen Energieeinsparmaßnahmen deutlich geworden.

Einig seien sie sich auch in der Notwendigkeit der Hilfe, der Unterstützung und der Entlastung insbesondere bei den Energiekosten gewesen.

Es habe aber auch sehr großes Lob für die bisherige Arbeit der Landesregierung im Rahmen der Krisenbewältigung gegeben, nicht nur von den Landschaftsverbänden, und darauf weise er besonders gerne hin.

Die Anhörung sei aber auch deshalb von besonderem Gewinn gewesen, weil ein guter Teil der eingeladenen Experten es nicht bei der Problembeschreibung und bei der Darstellung der Notlage belassen, sondern konkrete Empfehlungen abgegeben habe. Dafür bedanke sich seine Fraktion sehr herzlich.

Der CDU-Fraktion sei es bei der Anhörung primär darum gegangen, zu erfahren, wie zum Beispiel der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes konkret auszugestalten sei, nach welchen Kriterien Fördermaßnahmen vergeben werden sollten, welche konkreten Maßnahmen das Land selbst ergreifen solle oder wie die am 9. Dezember noch

angekündigte Online-Plattform der Landschaftsverbände ausgestaltet sein müsse, damit es für die Institutionen vor Ort von Nutzen sei.

Im Namen der CDU Fraktion betone er, dass die Landesregierung bereits in ganz erheblichem Umfang geliefert habe. Er erinnere an die Online-Plattform und die weiteren Maßnahmen, die die Ministerin vorhin angesprochen habe. Insofern werde die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Auf eine Frage der **Vorsitzenden Christina Osei** teilt **Andreas Bialas (SPD)** mit, dass über den Antrag abgestimmt werden könne.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

6 Besucherrückgang im Kulturbereich (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/730

Ministerin Ina Brandes (MKW) trägt vor:

Ich möchte gerne auf einige Punkte eingehen.

Aus dem Bericht seien zwei Punkte hervorgegangen. Das Erste ist, dass wir keine wirklich richtig aktuellen Zahlen haben, was ein Problem ist, um das mal deutlich zu sagen. Zweitens ergibt sich aktuell ein sehr heterogenes Bild. Dies sei auch die Rückmeldung, die wir sehr intensiv aus der vielfältigen Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens bekommen. Ich bin vor vier, fünf Monaten von einer Reihe von Einrichtungen angesprochen worden, die unabhängig voneinander gesagt haben: Seid ein bisschen vorsichtig mit der Debatte nach dem Motto „Das Publikum kommt nicht wieder“ und „Kultur in der Krise“, eigentlich geht es uns wunderbar, das Publikum ist voll wieder da, es ist alles in bester Ordnung. Wenn ihr jetzt ständig sagt, wir haben ein Problem, dann quatscht ihr uns die leer, und dann redet ihr die Kultur in eine Krise, in der sie in der Pauschalität überhaupt nicht ist. – Diesen Rat habe ich mir damals sehr zu Herzen genommen und habe mir seitdem angewöhnt, die Situation sehr differenziert zu betrachten. Dafür will ich hier auch noch einmal werben, auch in den Diskussionen, die wir hier führen und die auch außerhalb des Parlaments zu dem Thema geführt werden. Ich bin praktisch täglich in irgendeiner kulturellen Veranstaltung und erlebe das auch so, dass es Veranstaltungen gibt, die bis auf den letzten Platz ausverkauft sind und die man hätte zweimal ausverkaufen können, wenn man gekonnt hätte, und es gibt Veranstaltungen, wo wir wirklich auf 30, 40, 50 % der Auslastungen des Vorcoronaniveaus sind. Die Ursachen dafür sind durchaus vielfältig. Deswegen will ich einfach dafür werben, dass wir differenziert die Diskussion darüber führen, wie die Lösung dazu ist.

Um das Problem, dass wir derzeit keine aktuellen Zahlen haben, kümmern wir uns im Moment in zweierlei Hinsicht. Das eine, was wir machen, ist, dass wir als Ministerium eine Kooperation mit dem Institut für Kulturelle Teilhabeforschung in Berlin aufnehmen, das sich sehr intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzt und zu Fragen, warum das Publikum kommt und warum nicht, was ja auch eine Frage ist, die man sich stellen muss, und welche Konsequenzen wir als Kulturpolitiker daraus ziehen können, sehr in die Tiefe geht. Gleichzeitig gibt es aber auch Verbände, die eigene Zahlen erheben und auch eigene Umfragen machen. Ich habe zum Beispiel letzte Woche mit dem Deutschen Bühnenverein darüber gesprochen und habe diese sehr ermuntert, zu einer Praxis überzugehen, in der wir nicht nur einmal im Jahr Zahlen für die gesamte abgelaufene Spielzeit bekommen, sondern Zwischenerhebungen machen, gerade in den Zeiten, die wir Moment haben – es ist ja alles extrem volatil –, was noch coronainduziert ist, was mit der Energiekrise und damit zusammenhängt, dass sich die Menschen überlegen müssen, wofür sie das Geld ausgeben, stärker, als das vor den ganzen Krisen der Fall gewesen ist, oder ob es

wieder ganz andere, dritte Motive gibt, mit denen man sich beschäftigen muss, welche Erfahrungen wir machen, was funktioniert und was nicht und wie wir in einen Austausch darüber kommen. Das heißt, da werden wir uns jetzt auch wissenschaftliche Unterstützung holen und auch mit den Verbänden eng zusammenarbeiten, um zu verlässlichem Datenmaterial zu kommen, aus dem wir politische Schlüsse ziehen können. Zahlen, die eine Situation beleuchten, die unter Umständen schon ein Jahr her ist, sind für uns keine gute Grundlage.

Wir werden uns insgesamt auf allen Ebenen, auch bei der Kulturministerkonferenz, aber auch bei unserer eigenen Kulturkonferenz, die wir im März machen, mit einem großen Schwerpunkt des Themas – „Audience Development“, wie das neudeutsch heißt – beschäftigen und genau all diese Fragen dort erörtern.

Ich sehe auch, dass wir in diesem Zusammenhang einen klaren Schwerpunkt setzen müssen – ich glaube, darüber sind wir uns alle einig – bei einem Ausbau und einer niedrigschwelligen Gestaltung des Kulturangebots für Kinder und Jugendliche, und das insbesondere in Kooperation mit Schulen und Kultureinrichtungen. Da werden wir bewährte Projekte, die wir alle kennen und lieben, weiterentwickeln und ausbauen wollen und müssen. Ich glaube aber auch, dass wir neue Dinge ausprobieren müssen. Dazu gehört zum Beispiel ein KulturPass, der ja jetzt auch vom Bund aufgelegt wird, woraus wir Dinge lernen werden, die wir auf Nordrhein-Westfalen übertragen und hier umsetzen können, weil wir ja alle wissen, Kinder und Jugendliche, die eben nicht in einem frühen Alter an Kultureinrichtungen herangeführt worden sind und nicht daran gewöhnt sind, dorthin zu gehen, fangen als Erwachsene mit 35, 45 oder 55 nicht plötzlich damit an, sondern das ist etwas, was in der Prägung früh verankert werden muss. Deswegen glaube ich, dass das ein wichtiger Teil der Bearbeitung dieses Themas ist. Das wird es nicht alleine sein, wir werden uns auch viel mit den Forschungsergebnissen auseinandersetzen, die es für das aktuelle Publikum gibt, aber ein Schwerpunkt müssen aus meiner Sicht Kinder und Jugendliche sein.

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich bei der Ministerin für den schriftlichen Bericht und die Erläuterungen. Er stimme der Ministerin in allen Punkten zu. Es gebe überhaupt keine gegenteilige Auffassung. Man müsse mit dem Thema vorsichtig umgehen, um mögliche Gäste, Kunden, Besucher nicht zu verschrecken. Auf der anderen Seite müsse man aber auch ganz klar Ursachen erforschen, soweit man es könne. Da finde er es wichtig und sehr gut, dass man mit dem Institut für Kulturelle Teilhabeforschung zusammenarbeite, um weitere Informationen zu bekommen, die man im Moment nicht habe, denn nur dann könne entgegengesteuert und könnten andere Lösungen aufgezeigt werden.

7 Karneval als immaterielles Kulturerbe der Bundesrepublik Deutschland *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/745

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht und möchte wissen, wie es innerhalb der Aufstellung der Ministerien gehandhabt werde. Es gebe karnevalistischen Tanzsport, die Büttenrede, Gesang. Für diese Bereiche seien unterschiedliche Ministerien zuständig. Ihn interessiere, ob es in einem Ministerium gebündelt werden könne oder ob es aufgeteilt bleibe.

Schwerpunkt des Berichts sei, dass es keine aktuellen Zahlen gebe, was die Session betreffe, sodass in den nächsten Jahren für das immaterielle Kulturerbe eine Strategie entwickelt werden müsse, es sei denn, diese liege bereits vor.

Andreas Bialas (SPD) betont, es handele sich nicht nur um ein immaterielles Kulturgut, sondern man beschäftige sich mit kulturellen Sparten, Tanz, Musik, Literatur, Akrobatik.

In der allgemeingesellschaftlichen Diskussion stelle sich derzeit die Frage, inwieweit sich Kinder und Jugendliche an ein inhaltliches Tun, an eine Gemeinschaft, an ein Miteinander bänden. Gerade der Bereich der Kinder- und Jugendarbeit in den Karnevalsvereinen sei sehr wichtig und unverzichtbar. Er nehme an, dass die Karnevalsvertreter darauf hingewiesen hätten, dass sie in der Zukunft gerade im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit große Probleme erwarteten, und diesbezüglich um Unterstützung gebeten hätten. Er wolle gerne den Berichtswunsch und die Ausführungen dazu nutzen, dafür zu werben. Auch er glaube, dass es eine Aufgabe von Kulturpolitik und Kulturfinanzierung sei, diesen Part mit zu unterstützen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert, in der Tat gebe es auch hier ein Datenproblem. Dies seien Informationen, die sie aus zweiter Hand habe, deswegen schränke sie das etwas ein. Sie habe im Dezember mit Minister Liminski über dieses Thema gesprochen, weil die Karnevalsvereine Alarm geschlagen hätten, da die Verkaufszahlen relativ schlecht gewesen seien. Dies habe er mit ihr besprechen wollen, auch im Hinblick auf die Frage, wie dies in Kultureinrichtungen erlebt werde, was das Publikumsverhalten angehe und welche Schlussfolgerungen im Bereich der Kultur gezogen würden. Darauf habe sie geantwortet, dass man es dem Publikum aller Art abgewöhnt habe, langfristig zu planen. Das gelte ja auch für Kultureinrichtungen und werde sicherlich ein bleibender Effekt sein. Der Appetit des Publikums, sechs Monate vorher für eine Veranstaltung Geld auszugeben, habe deutlich nachgelassen, nachdem man jetzt drei Jahre lang gelernt habe, dass die Wahrscheinlichkeit, dass etwas stattfindet, nicht mehr ganz so hoch sei wie früher. Unter diesen Effekt habe auch der Karneval zu leiden. Dies habe man deutlich gemerkt.

Dies sei mit Blick auf eine Strategie ein Punkt, der ins Kalkül gezogen werden müsse, wenn man Daten von einer Postcoronasession habe und wisse, wie es sich entwickelt habe, wann die Leute Tickets gekauft hätten und was es für die Planung des Folgejahres bedeute, weil es natürlich für die Vereine viel schwieriger sei, sich zu den großen Kosten zu bekennen, die solche Veranstaltungen mit sich brächten, wenn man unter Umständen erst 14 Tage vorher wisse, wie sich das am Ende entwickle.

Dies sei ja für alle ein neuer Sachstand, mit dem man umgehen müsse und der auch in die Strategie einfließen müsse. Aber sie glaube schon, man brauche erst mal einen kompletten Satz Daten, um zu wissen, worüber man rede.

Auch über die Zuständigkeiten sei bei der Gelegenheit gesprochen worden. Bislang sei es in der Staatskanzlei koordiniert worden, und Minister Liminski sei Ansprechpartner gewesen und habe die Erkenntnisse weiterverteilt. Er habe sie nun gebeten – dieser Bitte komme sie gerne nach –, direkt ins Gespräch zu gehen und zu überlegen, wo aus kultureller Sicht die Grenzen seien, was Sport, was Kultur sei usw., und dann zu sehen, wie man dauerhaft damit umgehen wolle. Dies sei sozusagen der nächste Schritt, der anstehe. Das bedeute, es würden weiterhin verschiedene Häuser zuständig sein. Dies sei auch bei vielen anderen Fragestellungen so, aber das Ministerium für Kultur und Wissenschaft sei es auch.

Frank Jablonski (GRÜNE) schickt vorweg, nach den Ausführungen der Ministerin seien seine Fragen im Großen und Ganzen beantwortet. Gleichwohl nutze er die Gelegenheit, sich bei der Ministerin für den Bericht und bei der FDP dafür zu bedanken, das Thema „Karneval“ angesprochen zu haben. Es könne nicht genügend Gelegenheiten geben, das Thema anzusprechen.

Herzlichen Glückwunsch zum 200. Geburtstag des Kölner Karnevals und einen kleinen Glückwunsch an die Bonner, die es geschafft hätten, Pferde nicht mehr am Rosenmontagszug teilnehmen zu lassen, etwas, was seine Fraktion sehr unterstütze.

8 Verschiedenes

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, dass Ministerin Brandes einige Unterrichtswünsche habe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) weist auf zwei Veranstaltungen hin, zum einen auf die Kulturkonferenz des Landes NRW am 22. März in Düsseldorf, zu der hoffentlich alle eingeladen worden seien. Das Einladungsverteilermanagement habe sich als große Herausforderung herausgestellt, aber sie hoffe, es habe alles gut geklappt. Die Veranstaltung sei so geplant, dass, wie es das Kulturgesetzbuch auch vorsehe, die Landesregierung die Grundlagen ihrer kulturpolitischen Arbeit vorstelle, dass dann die anwesenden Kulturakteurinnen und -akteure in die Diskussion kämen, in einer großen Anzahl von Workshops zu allen kulturpolitischen Themen, die aktuell geplant würden. Am Ende gebe es eine Schlussdebatte dazu, welche Schwerpunkte man mitnehme. Das werde dann dem Landtag zur weiteren Beratung übermittelt. Die Veranstaltung sei grundsätzlich offen. Wenn sich also Kulturschaffende des Landes Nordrhein-Westfalen bei Abgeordneten meldeten und sagten, sie seien nicht eingeladen worden, dann bitte sie, auszurichten, dass dies keine Absicht gewesen sei. Sie könnten sich gerne beim Ministerium melden und anmelden, weil man natürlich wolle, dass die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen in ihrer Breite und Tiefe bei dieser Veranstaltung repräsentiert sei.

Darüber hinaus finde der Fachkongress „Diversitätsentwicklung in Kunst und Kultur gestalten“ im September 2023 statt. Dies sei ein Teil des Gesamtkonzepts „Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen“. Dieses Gesamtkonzept sei im Juni 2021 im Ausschuss vorgestellt worden. Hierfür gebe es eine Reihe von Förderprogrammen, mit denen man die diverse Entwicklung der Kulturlandschaft unterstütze, die sich sehr positiv entwickelt habe. Der Diversitätsfonds habe jetzt doppelt so viele Anmeldungen wie im Vorjahr, 250 Anträge seien gestellt worden. Diese positive Entwicklung zeige, wie sehr dieses Thema in der Kulturszene wahrgenommen werde. Dieser Fachkongresse solle dazu dienen, das zusammenzufassen, was seit 2021 in diesem Bereich erreicht worden sei, und gleichzeitig das Fundament für die nächste Stufe, für den Aktionsplan Diversität, in dem man sich dem Thema verstärkt und vertieft widme, legen. Ähnlich wie bei den Publikumsthemen, die man gerade besprochen habe, sei es auch hier ein sehr diverses Bild. Einige Kultureinrichtungen seien bei diesem Thema sehr weit fortgeschritten, während andere noch etwas tun müssten. Ihrer Ansicht nach verdiene auch dieses Thema es, dass man es politisch breit mit den Akteurinnen und Akteuren bespreche und daraus Schlussfolgerungen ziehe, wie man weitere politische Initiativen und die Förderpolitik in diesem Bereich gestalte. Sie würde sich freuen, wenn an diesem Prozess zahlreich teilgenommen und mitdiskutiert würde.

gez. Christina Osei
Vorsitzender

4 Anlagen

15.02.2023/28.02.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien
Frau Christina Osei

- per E-Mail -



INA BLUMENTHAL
Medienpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884.2742
E-Mail:
ina.blumenthal@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

16. Januar 2023

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung am 19. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Fraktion des Landtags NRW beantrage ich folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses Kultur und Medien am 19. Januar 2023:

Einschränkungen der Pressefreiheit bei der Räumung von Lützerath

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) in ver.di NRW beklagt, dass sowohl Polizei, als auch Sicherheitskräfte von RWE die Pressearbeit bei der Räumung von Lützerath erschweren. Jörg Reichel, Geschäftsführer der DJU Berlin-Brandenburg zieht am Sonntag, 15. Januar 2023, eine „negative Zwischenbilanz“. Zeitweise hätte es für PressevertreterInnen während laufender polizeilicher Maßnahmen keinen Zugang zu Gebäuden im Dorf gegeben, wo es im Rahmen der Räumung mutmaßlich zu Körperverletzungen im Amt und gefährlichem Verhalten durch die Polizei gegenüber Protestierenden gekommen sein soll. Darüber hätte nicht unabhängig berichtet werden können, so Reichel, vgl. Presseinformation vom 15. Januar 2023

In der taz vom 11. Januar 2023 („Angriffe auf Journalisten“) erklärt Reichel in einem Interview, der Umgang von RWE-Security mit MedienvertreterInnen geschähe mit Hilfe der Polizei und sei zweifelhaft. Es fehle eine eindeutige

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Positionierung der Polizei pro Pressefreiheit, stattdessen handle sie „im Geschäftsauftrag von RWE“. Laut Reichel hätte die Polizei in einem Fall die Löschung von Bildern verlangt (vgl. Markus Reuter, „Journalistengewerkschaft dju beklagt Einschränkungen der Pressefreiheit“ auf netzpolitik.org vom 11. Januar 2023) und es hätte körperliche Angriffe gegeben. Auch steht der Vorwurf im Raum, die Zutrittsbehinderung an der Landstraße 12 in Lützerath sei politisch motiviert. Auf Twitter berichtet Reichel laufend von der Situation vor Ort, wie etwa vor zwei Stunden „es gab zahlreiche tätliche Angriffe auf Journalist*innendurch alle Beteiligten und werden diese zeitnah veröffentlichen“.

Wir bitten die Landesregierung in einem mündlichen Bericht zu allen im Raum stehenden Vorwürfen Stellung zu nehmen und zu klären, ob es aus ihrer Sicht Einschränkungen der Pressefreiheit bei der Räumung von Lützerath gegeben hat.

Wir bitten die Landesregierung um einen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Blumenthal
Medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Vorstellung der Online-Plattform „kultur-klima“

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger



Entstehung der Online-Plattform

- Anfang September 2022: Treffen der Kulturdezernentinnen der beiden Landschaftsverbände mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Thema des Austausches:** Frage nach der Steuerung von Informationen und Vernetzung im Bereich „Kultur“ im Kontext der Energiekrise
- **Entscheidung:** Einrichtung einer **360 Grad – Plattform** bei der die Landschaftsverbände und das Land Nordrhein-Westfalen ihre Kompetenzen bündeln → Kommunikation nach außen durch eine Website

Entstehung der Online-Plattform: Aufgaben

1. Koordination von Themen, Angeboten und Fragen rund um die aktuelle Energiekrise
2. Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung von gezielten Fachinformationen
3. Vernetzung der unterschiedlichen Kultursparten und der spezifischen Expertise der Landschaftsverbände
4. Vermittlung von Beratungsleistungen



kultur-klima



Entstehung der Online-Plattform: Umsetzung

Innerhalb von nur drei Monaten wurde(n) ...

... die Finanzierungsstrukturen geklärt

... zwei Stellen geschaffen (jeweils eine bei den beiden Landschaftsverbänden)

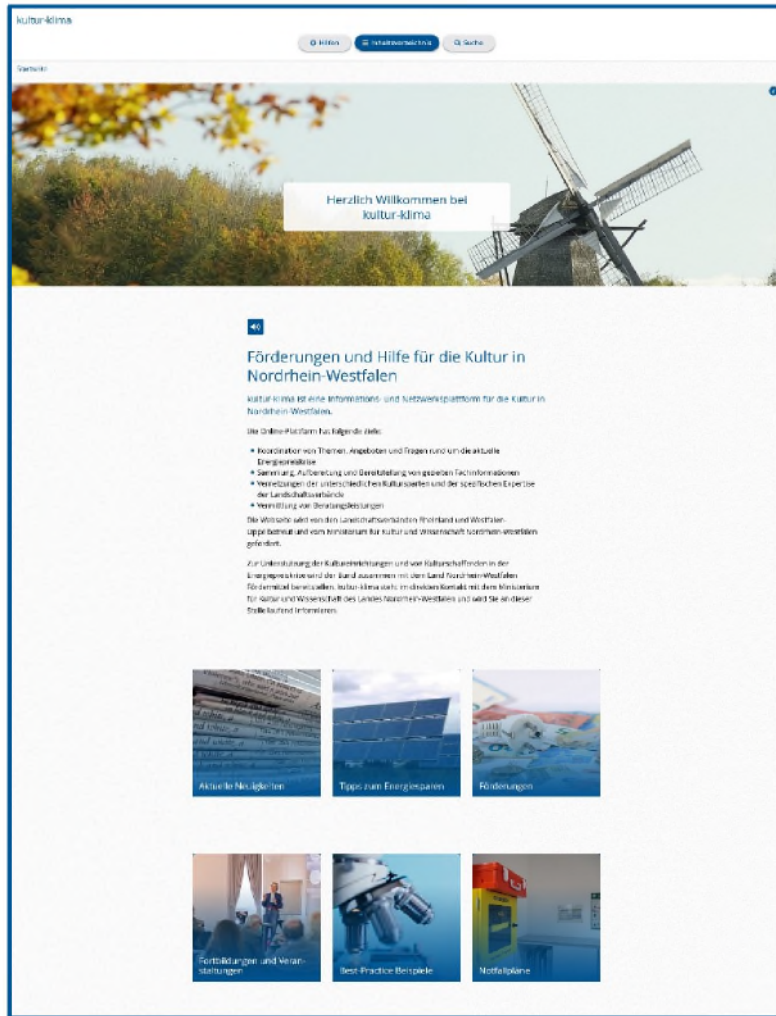
... Kontakte zu verschiedensten Kulturbereichen aufgenommen, um die Online - Plattform

passgenau an die Bedarfe anzupassen

... eine inklusive Website erstellt



kultur-klima



Start der Online-Plattform am 22.12.2022



kultur-klima

Hilfen Schließen Suche

Zur Startseite

Aktuelles für die Kultur

Tipps zum Energiesparen >

Förderungen

Fortbildungen und Veranstaltungen

Best-Practice Beispiele

Notfallpläne

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Kontakt

Leichte Sprache

DGS

Tipps zum Energiesparen

Übersicht: Tipps zum Energiesparen

Museen

Archive

Bibliotheken

Darstellende Künste

Soziokulturelle Zentren

Denkmalpflege

Musik

Einrichtungen der kulturellen Bildung



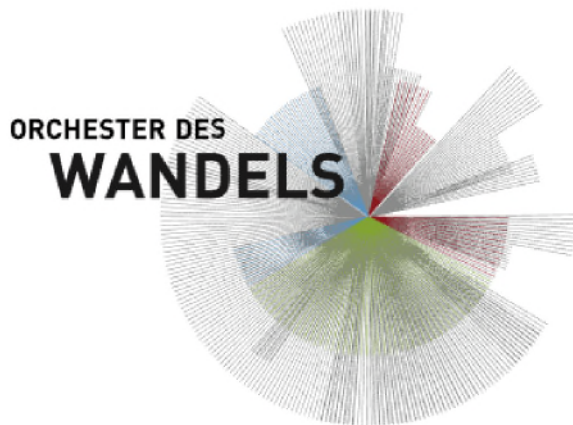
kultur-klima



**Vielfältige Informationen zur Energiekrise
werden auf einer Website vereint
→ nur durch Zusammenarbeit möglich**



Landesverband
der Musikschulen
in NRW



und viele mehr...

Erste Veranstaltung



Veranstaltungen von kultur-klima



26.01.2023: Runder Tisch aller Kulturbereiche in Nordrhein-Westfalen

Wir möchten alle interessierten Kulturschaffenden Nordrhein-Westfalens zu einem offenen digitalen Austausch einladen. Thema soll natürlich die derzeitige Energiekrise sein, aber wir wollen auch einen Austausch über die Grenzen der verschiedenen Kultursparten hinweg ermöglichen.

Der Termin wird am **26.01.2023 von 13:00 bis 15:00 Uhr** stattfinden. Sie können sich gerne mit einer Mail an david.schmalenstroer@lwl.org für die Veranstaltung anmelden.

Ausblick auf 2023

- Konzeption verschiedener Veranstaltungsreihen zur Unterstützung der Kultur in Nordrhein-Westfalen
- Austausch und Synergien über die Grenzen der Kultursparten Nordrhein-Westfalens hinweg ermöglichen
- Weiterentwicklung der Website
 - Tagesaktuelle Informationen
 - Newsletter
 - Darstellung von Fördermöglichkeiten
 - Ausbau der Veranstaltungs- und Fortbildungsrubrik
 - Best Practice Beispiele
 - Nachhaltigkeit





kultur-klima



kultur-klima

Ein Gemeinschaftsprojekt der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland, sowie des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Referentin:

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger

Landesrätin für Kultur
Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Gefördert durch:

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[REDACTED]
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil MdL

Vorsitzender des
Rechtsausschusses
Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Kultur

Düsseldorf, 22. Dezember 2022

Berichtswunsch der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 19.01.2023 zum Thema „Besucherrückgang im Kulturbereich“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 19.01.2023 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

Besucherrückgang im Kulturbereich

Eine Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15.12.2022¹ hat aufgezeigt, dass die Besuchszahlen in den Kultureinrichtungen Deutschlands im ersten Corona-Jahr 2020 dramatisch gesunken sind; bei Museen z. B. um 63% im Vergleich zu Vorjahr.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund besorgniserregend, dass die Kultureinrichtungen auch noch im Jahr 2022 mit weniger Besucherinnen und Besuchern zu kämpfen haben. Viele Kulturveranstaltungen sind nicht ausverkauft und Veranstalter klagen über fehlendes Publikum. Die Gründe dafür sind komplex und nicht alleine auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Viele Menschen sind verunsichert wegen der aktuellen Krisen, was auf eine mangelnde Planungssicherheit für die Kulturbetriebe und -stätten hinausläuft.

Diese Situation kann auch unmittelbare Auswirkungen auf die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendliche: Sie haben geringe Begegnungen mit Kunst und Kultur. Eine aktive Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen am kulturellen Leben kann sich so nicht entfalten. Deswegen sind erste Projekte wie der Jugendkulturpass der Bundesregierung oder die Jugendkulturkarte in Berlin zu begrüßen. Gleichwohl gelten diese erst ab 18 Jahren.

Es herrscht also eine genreübergreifende Problemlage mit einem aktuell unkalkulierbarem Publikumsverhalten, die nicht auf eine nächste Kultur-Krise hinauslaufen darf. Gleichzeitig darf sich diese Problemlage nicht auf das Feld der kulturellen Bildung auswirken.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/12/PD22_540_216.html,
aufgerufen 22.12.2022

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 884 4410
Telefax: 0211 884 3644

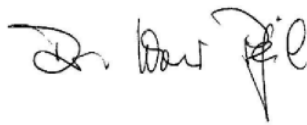
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de

facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

- Wie sehen die Besuchszahlen der kulturellen Institutionen Nordrhein-Westfalens für das Jahr 2020 aus?
- Welche Maßnahmen plant die Landesregierung diesem Besucherrückgang entgegenzusetzen?
- Was ist vorgesehen, um insbesondere Kinder und Jugendliche an die kulturellen Institutionen NRW zu binden, um ihnen Zugänge zur Kulturellen Bildung zu ermöglichen?

Seite 2 von 2

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Werner Pfeil'.

Dr. Werner Pfeil MdL

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[REDACTED]
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil MdL

Vorsitzender des
Rechtsausschusses
Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Kultur

Düsseldorf, 22. Dezember 2022

Berichtswunsch der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 19.01.2023 zum Thema „Karneval als immaterielle Kulturerbe der Bundesrepublik Deutschland weiter stärken“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 19.01.2023 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

Karneval als immaterielle Kulturerbe der Bundesrepublik Deutschland weiter stärken

Das Brauchtum „Karneval“ in NRW hatte in den letzten beiden Jahren einen schweren Stand. So wurden 2021 und 2022 fast alle Saalveranstaltungen und Outdoor-Veranstaltungen, wie z. B. Kinderzüge und Rosenmontagszüge, abgesagt. Hierfür gab es Unterstützung von Bund und Land. Jetzt führen gestiegene Kosten und eine zurückhaltende Kartenbestellung dazu, dass auch die nächste Session für viele Vereine nicht einfach sein wird.

Für kleine Vereine ist dies nicht einfach. Auch und gerade die Vereine, die sich durch den karnevalistischen Tanzsport an Kinder und Jugendliche wenden und damit für eine inklusive und interkulturelle Gesellschaft stehen, haben mit Problemen zu kämpfen. Zum einen stehen entsprechende Tanzräume nicht immer ausreichend zur Verfügung, zum anderen ist die Finanzierung von Kostümen ein Thema, und schließlich wird das Kulturgut „Karneval“ im Bildungsbereich oft übersehen. Dass Karneval Kultur ist, sieht auch die Deutsche UNESCO-Kommission so. Seit 2014 wurden der „Rheinische Karneval mit all seinen lokalen Varianten“ und die „Schwäbisch-alemannische Fastnacht“ in das bundesweite Verzeichnis immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Sie gehören im bundesweiten Verzeichnis immateriellen Kulturerbes zu den Bräuchen und Festen im Jahresverlauf.

Auf der Internetseite des Deutschen Kulturrates ist folgendes unter der Überschrift **Kulturgut vom Feinsten: Fasching-Fastnacht-Karneval - Die Karnevalsverbände gehören in den Deutschen Kulturrat** vom 11.02.2020 zu lesen:

„Die Besonderheit des immateriellen Kulturerbes ist, dass es eben kein Erbe ist, das konserviert werden soll, sondern dass es vielmehr lebendige und praktizierte kulturelle Traditionen und Ausdrucksformen sein müssen. Im Bundesweiten Verzeichnis immateriellen Kulturerbe aufgenommene Ausdrucksformen müssen auf Traditionen beruhen und sich zugleich dynamisch weiterentwickeln. Sie sollen eben nicht nur konserviert werden, sondern sich bei Erhalt des Kerns ständig verändern – nahezu die Quadratur des Kreises. Dem „Rheinischen Karneval mit all seinen lokalen Varianten“ wird von der Deutschen UNESCO-Kommission eine einladende

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 884 4410
Telefax: 0211 884 3644

werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de

facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

Willkommenskultur attestiert, die in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche ihre integrierende Kraft erweist. Auf der Seite der Deutschen UNESCO-Kommission ist zu lesen: „Nach Notzeiten setzte das Fest Impulse zum Wiederaufbau und Flüchtlinge vermochten durch aktive Mitgestaltung Wurzeln in der neuen Heimat zu schlagen. Die Willkommenskultur des Karnevals wirkt sehr einladend. Migranten finden in ihm einen einfachen Zugang zur regionalen Gemeinschaft. Gemeinsam ‚jeck‘ zu sein, sich verkleiden, in andere Rollen zu schlüpfen und ausgelassen zu feiern, gehört ebenso zum Karnevalsfest wie das ehrenamtliche und soziale Engagement.“¹

Seite 2 von 2

Weiter heißt es:

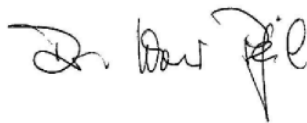
„Dem Deutschen Kulturrat, mit seinen acht Sektionen und ihren 258 bundesweit tätigen Mitgliedsverbänden, ist es wichtig, den Kulturbereich in Deutschland in seiner ganzen Breite zu repräsentieren. Deshalb ist es überfällig, dass auch die bundesweit tätigen Karnevalsverbände Mitglied des Deutschen Kulturrates werden. Karneval ist Kultur und deshalb gehört er auch in den Deutschen Kulturrat. Erste Gespräche über eine Zusammenarbeit haben bereits stattgefunden.“

Daher muss sich auch der Kulturausschuss des Landtages von NRW mit dem Kulturgut „Fasching, Fastnach Karneval“ befassen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

- Wie unterstützt die Landesregierung das Kulturgut Karneval derzeit?
- Ist vorgesehen, dass neben dem Heimatministerium auch das Kulturministerium sich mit dem Thema befasst?
- Welches Ministerium wird sich federführend darum kümmern, das Kulturgut Karneval auf zukunftsfähige Beine zu stellen, wenn für den karnevalistischen Tanzsport für Kinder und Jugendliche finanzielle Unterstützung notwendig wird?
- Wie ist eine langfristige Unterstützung des Kulturgutes **Fasching-Fastnacht-Karneval** nach Ansicht der Landesregierung herbeizuführen?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil MdL

¹ <https://www.kulturrat.de/themen/texte-zur-kulturpolitik/kulturgut-vom-feinsten-fasching-fastnacht-karneval/>, aufgerufen 22.12.2022